



Presseschau vom 19.12.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Warum das Vorgehen der EU-Regulierer gegen RT DE keine rechtliche Grundlage hat**

Trotz eines Angriffs deutscher Institutionen sowie Medienvertreter hat RT DE am Donnerstag mit der Ausstrahlung des Live-TV-Programms begonnen. Trotz wiederholter gegenteiliger Behauptungen wird das Live-Programm in Übereinstimmung mit europäischem Recht ausgestrahlt. ...

<https://kurz.rt.com/2r9e>

Wolfgang Bittner: **Russland und China versus USA mit NATO-Verbündeten: Vorbereitungen auf den Ernstfall laufen**

In dem bis aufs Äußerste angespannten Verhältnis zwischen Russland und China auf der einen Seite, und den USA und ihren westlichen Verbündeten auf der anderen Seite, hat sich Gravierendes geändert. Die Russen und Chinesen lassen sich nicht mehr alles gefallen. ...

<https://kurz.rt.com/2r4u>

de.rt.com: **Untersuchung enthüllt hunderte ungezählte zivile Todesopfer bei US-Angriffen in Syrien und Irak**

Ein neuer Bericht, den die New York Times unter Berufung auf versteckte Pentagon-Aufzeichnungen veröffentlicht hat, enthüllt, dass die US-Regierung es versäumt hat, über

"hunderte" von zivilen Todesfällen, für die sie im Nahen Osten verantwortlich ist, Rechenschaft abzulegen. Die Dokumente enthüllten fehlerhafte Geheimdienstinformationen, fehlerhaftes militärisches Vorgehen und mangelnde Rechenschaftspflicht. ...

<https://kurz.rt.com/2ra5>

Michail Khodarenok: 20 Jahre nach Kündigung des ABM-Vertrages durch die USA: Ballistische Raketen neuer Generation

In dieser Woche vor 20 Jahren haben die USA angekündigt, aus dem ABM-Vertrag über die Begrenzung von antiballistischen Raketenabwehrsystemen auszutreten. Er war 1972 zwischen Moskau und Washington unterzeichnet worden. Was hat sich seitdem getan? ...

<https://kurz.rt.com/2r6l>

abends/nachts:

snanews.de: US-Senat soll im Januar über Sanktionen gegen Nord Stream 2 abstimmen – Bericht

Der amerikanische Senat wird laut dem US-Nachrichtenportal „The Hill“ im Januar erneut über mögliche Sanktionen gegen das Gasprojekt Nord Stream 2 abstimmen.

„Der Senat wird nächsten Monat über eine Richtlinie von Senator Ted Cruz zur Verhängung von Sanktionen gegen die Pipeline Nord Stream 2 abstimmen“, hieß es in dem Bericht vom Samstag.

Die Abstimmung soll vor dem 14. Januar stattfinden. Um die Strafmaßnahmen zu beschließen, wird eine Mehrheit von 60 Stimmen benötigt. Im Senat sitzen derzeit 50 Demokraten und 50 Republikaner.

Die Abstimmung werde somit Teil des Deals zur Genehmigung der Personalentscheidungen der Regierung von US-Präsident Joe Biden für Posten im Außenministerium sein.

Republikaner Cruz versprach, die Zustimmung für die Kandidaten zu verlangsamen, sollten keine Sanktionen gegen die Pipeline verhängt werden.

Die Ostseepipeline von Russland nach Deutschland wird seit langem von den USA, aber auch von einigen EU-Ländern scharf kritisiert. Sie befürchten eine zu große Abhängigkeit von Russland bei der Energieversorgung. Moskau hat bereits mehrmals betont, dass Nord Stream 2 ein kommerzielles Projekt darstelle, das sowohl für Russland als auch für die EU Vorteile habe und nicht politisiert werden sollte.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/08/4617569_0:0:3177:1788_1920x0_80_0_0_9182b43442701301f77dbb578ca79d26.jpg

de.rt.com: **Ungeachtet Russlands Angeboten: NATO bringt weitere Truppenverstärkung**

an der Ostflanke ins Gespräch

Der NATO-Oberbefehlshaber in Europa mahnte eine Verstärkung der Truppen an der Ostflanke an – wegen des angeblichen russischen "Truppenaufmarschs". Offenbar fand die Diskussion noch in Unkenntnis der russischen Forderungen nach gegenseitigen Sicherheitsgarantien statt.

Der Oberste Befehlshaber der NATO, US-General Tod Wolters (der Supreme Allied Commander für Europa, kurz: SACEUR), schlug den Partnerländern vor, die NATO-Präsenz in Südosteuropa über die Mission "Enhanced Forward Presence" (EFP) zu erweitern. Das berichtete der Spiegel am Samstag mit Verweis auf eigene Informationsquellen. Grund sei die Besorgnis der Allianz über eine angebliche russische Truppenkonzentration unweit der ukrainischen Grenze.

Seinen Vortrag soll er den Oberbefehlshabern der Partnernationen in einer geheimen Videoschleife unterbreitet haben. Demnach soll die NATO wie im Baltikum und Polen auch in Bulgarien und Rumänien eigene EFP-Kontingente von gut 1.500 Personen aufbauen. Im Ernstfall fungierten diese als eine Art Vorkommando oder Brückenkopf für weitere Verstärkung der Allianz.

Wolters zufolge stellt die Erweiterung der Mission auf die südliche Ostflanke der NATO keine Provokation Russlands dar. Vielmehr diene die verstärkte Truppenpräsenz als Rückversicherung für die Partnernationen dort. Zudem werde sich die NATO weiter an die sogenannte NATO-Russland-Akte halten, die eine dauerhafte Stationierung von großen Truppenteilen an der Ostflanke verbietet. Aus diesem Grund sind die Truppen im Baltikum nicht fest stationiert, sondern rotieren ständig.

Vor den Top-Militärs der Allianz breitete der US-General ein ganzes Maßnahmenpaket aus. So sei es wichtig, dass alle NATO-Staaten ihre Überwachungsfähigkeiten durch Satelliten und andere Sensorik auf die Krisenregion in der Ukraine lenken und die Erkenntnisse umgehend in der Allianz teilen. Zudem mahnte Wolters an, dass die Mobilisierungsfristen für die NATO Response Force (NRF), die schnelle Eingreiftruppe der Allianz, angepasst werden.

Offiziell wollte die NATO die internen Diskussionen über die Erweiterung der Mission an der Ostflanke nicht bestätigen, schreibt der Spiegel. Von Diplomaten aber hieß es, das Thema werde wohl beim nächsten Treffen der Verteidigungsminister auf den Tisch kommen. Die Sprecherin von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, Oana Longescu, antwortete auf entsprechende Spiegel-Fragen ausweichend.

In dem Bericht ist auch von einem "ernüchternden" NATO-Lagebericht die Rede. Demnach sei Russland nach dem Zusammenziehen von fast 100.000 Soldaten an der Grenze zur Ukraine in der Lage, eine Invasion zu starten und das Land nach einem Einmarsch auch zu halten. Nachdem die US-Geheimdienstkoordinatorin Avril Haines den Botschaftern der Partnerstaaten bereits Mitte November einen ähnlichen Befund vorgetragen hatte, wurde Wolters beauftragt, mögliche Reaktionen der NATO durchzuspielen und Vorschläge auszuarbeiten.

Der Vortrag des NATO-Oberbefehlshabers liegt offenbar mehrere Tage zurück. "Seit dem Vortrag des Vier-Sterne-Generals wird die Truppenaufstockung an der Ostflanke kontrovers diskutiert. Während die Osteuropäer die symbolische Aufrüstung begrüßen würden, gaben sich andere Nationen, darunter auch Deutschland, zurückhaltend", so der Spiegel.

Ganz anders war die Situation vor vier Jahren gewesen, als die Regierung in Berlin sehr schnell bereit erklärt hatte, einen Großteil der Truppen für die NATO-Mission in Litauen zu stellen. Aktuell sind dort 576 Militärangehörige der Bundeswehr im Einsatz. Käme es zu einer neuen NATO-Mission in Bulgarien und Rumänien, würde Deutschland sicherlich wieder gefragt.

Russlands Forderungskatalog: Abkehr von der Betrachtung als Gegner

Seit Russland den NATO-Vertretern seinen weitreichenden Forderungskatalog am 15. Dezember unterbreitet hatte und diesen zwei Tage später veröffentlichte, wirkt der

Vorschlag über die Expansionspläne der NATO etwas aus der Zeit gefallen. Russland fordert in dem Dokument nun auch, dass die NATO ihre militärische Infrastruktur auf die Positionen von 1997 zurückzieht und mit Russland gegenseitige Sicherheitsgarantien ausarbeitet. So schlägt Russland vor, gegenseitig auf die Stationierung von Streitkräften und Waffen – auch im Rahmen internationaler Organisationen, Militärbündnisse oder Koalitionen – in Gebieten zu verzichten, in denen eine solche Stationierung von der anderen Seite als Bedrohung ihrer nationalen Sicherheit empfunden würde.

Moskau schlug dem Bündnis außerdem eine Vereinbarung vor, die eine Rückkehr zum NATO-Russland-Rat, die Wiederherstellung von Kommunikationskanälen und die Abkehr von der gegenseitigen Betrachtung als Gegner vorsieht.

Der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow erklärte in einem Kommentar am Freitag, dass die Vorschläge kein Menü seien, von dem jede Seite nur einen Punkt auswählen dürfe, sondern dass sie in Gänze als "Paket" diskutiert werden müssten. Rjabkow zufolge können die russischen Forderungen jedoch nicht als unannehmbar betrachtet werden. Er sagte:

"Ich denke, die Situation in Europa und Eurasien in jüngster Zeit unterscheidet sich so radikal von allem, was vorher war, dass keine Schablonen, keine Standards aus der damaligen, alten Erfahrung hier anwendbar sind."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61be2f3e48fbef2e7008448c.jpg>

snews.de: Nato wird Vorschläge zu Sicherheitsgarantien nicht ignorieren können – Russlands Vizeaußenminister

Russland geht davon aus, dass die Nato Moskaus Vorschläge zu den Sicherheitsgarantien in Europa nicht abtun kann. Der russische Vizeaußenminister Alexander Gruschko hat sich am Samstag gegenüber russischen Medien zu dem Thema geäußert.

„(...) Heute sind wir in unseren Beziehungen zur Nato zu einem solchen Moment der Wahrheit gekommen, in dem es notwendig ist, grundsätzliche Entscheidungen zu treffen, und wir haben diesen Schritt getan und gehen davon aus, dass es nicht mehr möglich sein wird, ihn irgendwie abzutun oder wegzureden“, sagte Gruschko.

Mit seinem Vorschlag würde Russland deutlich machen, dass es bereit sei, darüber zu sprechen, wie das militärisch-technische Szenario der Konfrontation in einen politischen Prozess übersetzt werden könne, was tatsächlich die Sicherheit aller Staaten in der OSZE, im euroatlantischen sowie eurasischen Raum stärken würde.

„Für den Fall, wenn dies nicht funktioniert, haben wir bereits angedeutet: Dann werden wir auch auf diesen Modus zur Erstellung der Gegendrohungen umsteigen. Aber dann wird es zu spät sein, uns zu fragen, warum wir diese und jene Entscheidungen getroffen haben, warum wir solche Systeme dort platziert haben, wieso und warum“, so Gruschko weiter.

Moskaus Vorschläge zu Sicherheitsgarantien in Europa seien notwendig, um mit einem

normalen Dialog beginnen zu können, hieß es weiter.

„Tatsächlich sind wir an einem gefährlichen Punkt angelangt. Und unsere Vorschläge zielen genau darauf ab, sich von dieser gefährlichen Linie zu entfernen und doch in eine Art des normalen Dialogs zu treten, bei dem die Interessen der Sicherheit im Vordergrund stehen werden“, betonte Russlands Vizeaußenminister.

Russland werde konsequent anstreben, dass die Nato seine Vision der europäischen Sicherheit akzeptieren würde.

„(...) Wir werden uns sehr konsequent und grundsätzlich bemühen, die Vision vom Aufbau der europäischen Sicherheit genau so umzusetzen, wie wir sie formuliert haben“, sagte Gruschko.

„Die Bedrohung aus dem Osten“ sei praktisch das einzige, was die transatlantische Partnerschaft in der Nato binden würde, und diese Tatsache sei gefährlich.

Sicherheitsgarantien

Am Freitag hatte der Kreml den Entwurf eines Abkommens zwischen Russland, den Vereinigten Staaten und der Nato über Sicherheitsgarantien vorgelegt. Zu den Vorschlägen gehört das Verbot der weiteren Nato-Osterweiterung. Auch die Stationierung von Mittelstreckenraketen und Kurzstreckenraketen in Schlagdistanz zum Territorium der jeweils anderen Seite soll den USA und Russland dem Entwurf zufolge untersagt werden.

In letzter Zeit hat die Sicherheitsfrage vor dem Hintergrund der wachsenden Konflikte um die Ukraine an Bedeutung gewonnen. Russland wird dabei beschuldigt, angeblich Truppen in der Nähe der ukrainischen Grenze zur Vorbereitung einer Invasion zu stationieren.

Moskau wies diese Anschuldigungen wiederholt zurück und verwies wiederum auf die militärischen Aktivitäten der Nato in der Nähe der russischen Grenzen, die es als Bedrohung seiner nationalen Sicherheit betrachtet. Russland erklärte mehrfach, es habe das Recht, Truppen innerhalb seines Territoriums nach eigenem Ermessen zu verlegen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/06/3858811_0:0:2959:1665_1920x0_80_0_0_8d1446ba1fc9f85fbd3cd3ba6a29b272.jpg

de.rt.com: Medienbericht: Willy Brandt wurde vier Jahre vom US-Militärgeheimdienst CIC als Informant geführt

Der ehemalige Kanzler Willy Brandt wurde vom US-Militärgeheimdienst CIC als Informant geführt. Geheimdokumente belegen: Mehr als 200 Mal traf er sich zwischen 1948 und 1952 mit Agenten. Dabei gab er insbesondere Informationen über die SED und die Sowjetischen Streitkräfte in der SBZ und später in der DDR weiter.

Wie der Spiegel berichtet, ist jetzt eine Liste des US-Militärgeheimdienstes Counter Intelligence Corps (CIC) vom 1. Juni 1952 aufgetaucht. Sie führt die Namen deutscher und österreichischer Informanten. Das Dokument ist alphabetisch geordnet und enthält Geburtsdaten, Staatsangehörigkeiten und Adressen der Quellen sowie die Zeitpunkte, zu

denen die jeweiligen Kooperationen endeten.

Auf einer Zeile steht "Brandt, Willy", wohnhaft in Berlin-Schlachtensee. Ende der Zusammenarbeit: 17. März 1952. Am Ende ist eine Fünf vermerkt, was nach CIC-Einstufung bedeutete, dass entweder der CIC oder Brandt das Interesse an der Zusammenarbeit verloren hatte.

Die Akte ist Teil eines ansonsten geheimen Konvoluts des CIC zu Brandt, das nun der Deutsch-Amerikaner Thomas Boghardt begutachten durfte. Der Historiker Boghardt ist leitender Wissenschaftler am Zentrum für Militärgeschichte der U.S. Army in Washington, D.C. Demnächst erscheint sein Buch über die Geschichte der US-Geheimdienste in der BRD. Demnach verfasste Brandt seit 1948 Berichte an den CIC. Der Kalte Krieg zwischen US-Amerikanern und Sowjets war bereits im Gange und die Spaltung Deutschlands stand bevor. Als SPD-Funktionär und später als Bundestagsabgeordneter berichtete Brandt vor allem über die Sowjetische Besatzungszone (SBZ), die 1949 zur DDR werden sollte. Die Originalberichte wurden vermutlich vernichtet, doch konnte Boghardt Zugriff auf sogenannte Kontrollblätter, also Kopien, erhalten. Konkret gab Brandt Informationen über die SED und deren Funktionäre, die FDJ, politische Häftlinge im "Gelben Elend" in Bautzen sowie diverse Kombinate und Infrastrukturelemente, aber auch über die Telefonausstattung der Roten Armee in der SBZ weiter.

Die SPD-Zentrale befand sich damals in Hannover und suchte fähige Nachwuchspolitiker. Brandt verließ den norwegischen Staatsdienst – nach Skandinavien war er vor den Nazis geflüchtet – und wurde Anfang 1948 Vertreter des SPD-Parteivorstands in Westberlin und eine Art Botschafter der Sozialdemokraten beim Alliierten Kontrollrat, wie Biograf Peter Merseburger berichtet. Er nahm wieder die deutsche Staatsbürgerschaft an. Die Beziehungen zu den Siegermächten zählten fortan zu seinen Aufgaben, so auch mit dem CIC. In der Folge vermittelte er den US-Amerikanern mindestens einen Termin bei SPD-Chef Kurt Schumacher. Der CIC entpuppte sich als eine Mischung aus Polizei und Geheimdienst. Auch der aus dem fränkischen Fürth stammende US-Außenminister Henry Kissinger diente dort als junger Mann. Im besetzten Deutschland hatte der Geheimdienst eine enorme Machtfülle: Er konnte "Verdächtige" festnehmen, Briefe öffnen, Telefone abhören. Zunächst verfolgten die US-Amerikaner NS-Verbrecher, mit dem Aufkommen des Ost-West-Konflikts wandten sie sich gegen die Sowjetunion und die SBZ bzw. DDR. Der Spiegel charakterisiert den späteren Bundeskanzler um 1950 mit folgenden Worten:

"Brandt, später als Entspannungspolitiker verehrt, war damals ein kalter Krieger, der die amerikanische Eindämmungspolitik gegenüber den Sowjets begrüßte."

Er sei ein Freund der Westmächte gewesen, der "wie ein wahrer Sozialist den Kommunismus hasst".

Der Historiker Boghardt behauptet, Brandt habe hinter dem Rücken seiner Genossen gehandelt. Dafür sprechen die Treffen zwischen Brandt und den US-Agenten im Geheimen, die Bezahlung und seine CIC-Registrierung mit der Nummer "O-35-VIII". Solche Kennziffern mit einem O wurden laut Boghardt an Akteure vergeben, die Informationen aus Organisationen weitergaben, zu denen sie aufgrund ihrer Stellung besonderen Zugang hatten, im Falle Brandts war es das Ostbüro der Berliner SPD.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61be0486b480cc334f741f38.jpg>

snanews.de: **Taliban rufen wegen drohender Flüchtlingskrise um Hilfe**

Hochrangige Taliban-Beamte haben am Samstag um internationale Hilfe gebeten, um eine sich verschärfende Wirtschaftskrise in Afghanistan zu bekämpfen. Es wird befürchtet, dass eine solche Lage die Massenflucht aus dem Land provozieren könnte.

„Sollte sich die politische und wirtschaftliche Lage nicht ändern, wird es mehr Migration geben“, sagte der stellvertretende Außenminister Sher Mohammad Abbas Stanikzai bei einer Sondersitzung mit Vertretern aus der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und der UN-Flüchtlingsorganisation (UNCR).

Ihm zufolge liegt es in der Verantwortung von Ländern wie den USA, die Zentralbankreserven Afghanistans in Milliardenhöhe blockiert haben, das Land beim Wiederaufbau nach Jahrzehnten des Krieges zu unterstützen.

„Die Auswirkungen der eingefrorenen Gelder sind auf einfache Leute und nicht auf die Taliban-Behörden gerichtet“, erklärte der Minister.

Taliban-Außenminister Amir Khan Muttaqi ist am heutigen Tag in Islamabad auch mit Vertretern des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zusammengetroffen, um die Lage in Afghanistan zu erörtern. Er sagte, die Taliban begrüßten internationale humanitäre Organisationen und versicherten ihnen, sie ungehindert arbeiten zu lassen.

UN-Schätzungen zufolge könnten Millionen Afghanen im Winter ohne dringende Hilfe dem Hunger ausgesetzt sein. Die Hilfe werde aber dadurch behindert, dass die internationale Gemeinschaft nicht direkt mit den Taliban zusammenarbeiten wolle, zum Teil aus Sorge um die Frauenrechte und die politische Inklusion im Land.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/1e/4512250_0:320:3073:2048_1920x0_80_0_0_959a80bd6a5732eda64e53b0c3eead54.jpg

de.rt.com: **Weißrussland zieht Stationierung von Atomwaffen auf seinem Territorium in Betracht**

Auch das weißrussische Außenministerium hat sich für die Stationierung russischer Atomwaffen auf seinem Territorium ausgesprochen. Die Ankündigung erfolgt kurz nach der Veröffentlichung des russischen sicherheitspolitischen Vertragsangebots an NATO und die USA.

Weißrussland zieht die Möglichkeit in Betracht, im Falle einer Bedrohung durch die NATO Atomwaffen auf seinem Territorium zu stationieren. Das sagte der weißrussische Außenminister Wladimir Makej in einem Interview mit dem Sender RT Arabic. Der Minister wies darauf hin, dass die militärischen Aktivitäten des Bündnisses und die Zahl der Militärübungen erheblich zunahmen und in unmittelbarer Nähe der weißrussischen Grenzen stattfinden. Außerdem hat er die NATO-Aktivitäten in der Ukraine kritisiert:

"Wir sehen, dass die Ukraine jetzt von der Nordatlantischen Allianz benutzt wird, um einen gewissen Brückenkopf gegen Russland zu schaffen, wir sehen, dass die Zahl der US- und NATO-Truppen auf dem Gebiet der Ukraine zunimmt."

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR waren in der ehemaligen Sowjetrepublik nur kurze Zeit Interkontinentalraketen und Atomsprenköpfe gelagert worden. Im Juli 1993 unterzeichnete Minsk den Atomwaffensperrvertrag und verzichtete als erster Staat auf den Besitz von Atomwaffen. Der Abzug der Atomwaffen war im November 1996 vollständig abgeschlossen.

Nun könnte damit allerdings Schluss sein – wenn die Spannungen zwischen NATO und Russland weiter zunehmen. Bereits Ende November signalisierte der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko seine Bereitschaft, Atomwaffen in Weißrussland zu stationieren. Damit reagierte er allerdings auf das Vorhaben des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg, derartige Systeme in Polen zu installieren.

"Deutschland kann natürlich entscheiden, ob es in seinem Land Atomwaffen geben wird. Aber die Alternative ist, dass wir am Ende Atomwaffen in anderen Ländern in Europa haben, auch östlich von Deutschland", sagte Stoltenberg.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow bezeichnete die von Lukaschenko ins Spiel gebrachte Möglichkeit als eine Warnung.

"Ich würde diese Erklärung als eine sehr ernste Warnung auffassen, die vor allem auf die rücksichtslose Politik des Westens zurückzuführen ist", sagte Lawrow in seiner Rede im russischen Föderationsrat.

Russland reichte USA und NATO am Mittwoch einen weitreichenden Forderungskatalog ein,

der auf die Schaffung einer neuen Sicherheitsarchitektur in der ganzen Region abzielt. Veröffentlicht wurde er am Freitag. Im Vertragsentwurf mit den USA schlug Russland im einleitenden Teil vor, den Grundsatz jeglicher Vermeidung der Entfesselung eines Atomkrieges zu verankern.

Die erneute Warnung des weißrussischen Außenministers könnte also auch diesmal mit der russischen Seite abgestimmt sein. Am Samstag führten zwei russische nuklearwaffentaugliche Langstreckenbomber vom Typ Tu-22MZ einen Patrouillenflug im weißrussischen Luftraum durch, was auch als Signal an die NATO-Führung verstanden werden kann.

In der von gegenseitigen Warnungen und Drohungen gekennzeichneten Atmosphäre könnte die neue Bundesregierung allerdings zu einer deeskalierenden Stimme werden. So heißt es im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP etwa zu "Abrüstung, Rüstungskontrolle, Rüstungsexporte":

"Wir brauchen eine abrüstungspolitische Offensive und wollen eine führende Rolle bei der Stärkung internationaler Abrüstungsinitiativen und Nichtverbreitungsregimes einnehmen, u. a. bei der Stockholm-Initiative für Nukleare Abrüstung."

Am kommenden Dienstag reist Außenministerin Annalena Baerbock zur Abrüstungskonferenz nach Stockholm. In der schwedischen Hauptstadt will die Grünen-Politikerin an Beratungen der sogenannten Stockholm-Initiative auf Ministerebene teilnehmen, in der sich seit 2019 insgesamt 16 atomwaffenfreie Länder für atomare Abrüstung einsetzen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61be317e48fbef32d728251c.JPG>

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 18. Dezember 2021 wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Kalinowo, Sokoniki und Shelobok wurden mit Granatwerfern und 120mm-Mörsern beschossen, insgesamt wurden 11 Geschosse abgefeuert.

Informationen über Verletzte und Schäden: Infolge der Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine **starb ein Soldat der Volksmiliz der LVR und ein weiterer Soldat wurde verletzt.**

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 18. Dezember 3:00 Uhr bis 19. Dezember 3:00 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK zwei

Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks).**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen gab es unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 14.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: **Schweiz liefert russischen Geschäftsmann Wladislaw Kljuschin an USA aus**

Am 18. Dezember hat die Schweiz den Geschäftsmann Wladislaw Kljuschin an die USA ausgeliefert. Der Russe soll zusammen mit mehreren Mittätern Insiderhandel in Millionenhöhe betrieben haben. Kljuschin ist Gründer der Firma "M13", die auf den IT-Bereich spezialisiert ist.

Der russische Unternehmer Wladislaw Kljuschin ist am Samstag von der Schweiz aus an die USA ausgeliefert worden. Wie das eidgenössische Bundesamt für Justiz am 18. Dezember mitteilte, sei damit die Entscheidung der Behörde vom 24. Juni 2021 rechtskräftig geworden. US-amerikanische Polizeibeamte hätten den Russen in Zürich übernommen und auf dem Flug in die USA begleitet.

Erst am 16. Dezember hatte die Verteidigung des Mannes eine Beschwerde an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gerichtet, um Kljuschins Auslieferung an die USA für die Zeit einer Überprüfung deren Rechtmäßigkeit aussetzen zu lassen. Am 17. Dezember schickte die russische Botschaft in der Schweiz an das eidgenössische Bundesamt für Justiz eine Note, in der sie betonte, dass die Auslieferung auf Eis gelegt werden solle, bis eine Entscheidung des EGMR im Fall des russischen Bürgers vorliege.

Kljuschin war am 21. März 2021 im Kanton Wallis auf ein Ersuchen der USA festgenommen und in Auslieferungshaft versetzt worden. Laut Medienberichten wollte der Russe zusammen mit seiner Familie in Zermatt seinen Urlaub verbringen. Am 19. April ersuchte die US-Botschaft in Bern gestützt auf den bilateralen Auslieferungsvertrag zwischen der Schweiz und den USA formell um die Auslieferung des Geschäftsmanns. Der russische Auslieferungsantrag wurde abgelehnt. Gegen den Auslieferungsentscheid vom 24. Juni ging Kljuschin beim Bundesstrafgericht und später auch beim Bundesgericht in die Berufung. Am 10. Dezember wurde das ursprüngliche Urteil aber aufrechterhalten.

Die US-Justiz wirft dem Gründer der IT-Firma "M13" vor, zusammen mit mehreren Mittätern Insiderhandel in zweistelliger Millionenhöhe betrieben zu haben.

Lug-info.com: **In der LVR sind am 19. Dezember um 9:00 Uhr 21.261 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.**

461 Personen sind derzeit erkrankt, 17.767 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 3033 Todesfälle.

Mzdnr.ru: **Am 18. Dezember wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion**

durchgeführt.

In den letzten 24 Stunden wurden 42 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 14 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 29 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1064 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 713 mit Sauerstoffunterstützung (+15 in den letzten 24 Stunden).

Am 19. Dezember um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 116.359 Fälle von

Coronavirusinfektionen registriert.

3232 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 104.183 als gesund entlassen, es gibt 8944 Todesfälle.

nachmittags:

snanews.de: **Attentat auf Botschafter: Türkei und Russland arbeiten trotz feindlicher Kräfte zusammen – Ankara**

Einige Kräfte versuchen laut dem türkischen Außenminister Mevlüt Cavusoglu, die Beziehungen zwischen der Türkei und Russland zu beeinträchtigen. Diese Meinung äußerte er in einem Gespräch mit RIA Novosti im Zusammenhang mit dem fünften Jahrestag des Mordes an dem damaligen russischen Botschafter in Ankara Andrej Karlow.

„Der Terrorangriff auf den Botschafter Karlow hat gezeigt, dass es viele Zentren einer Kraft gibt, die die türkisch-russische Zusammenarbeit untergraben wollen. Daher denken wir, dass die gemeinsamen Anstrengungen zur Verbesserung unserer Beziehungen ein Ausdruck der Hochachtung gegenüber dem Andenken an Herrn Karlow und seinen Beitrag dazu sind“, sagte der türkische Chefdiplomat.

Fünf Jahre nach dem Attentat auf Karlow werde das Zusammenwirken zwischen beiden Ländern sowohl auf bilateraler als auch auf regionaler Ebene weiter ausgebaut, betonte Cavusoglu.

„Unsere Kontakte auf hoher Ebene werden weiter intensiv aufrechterhalten, und wir haben den starken gemeinsamen Willen, die Beziehungen zu entwickeln. Sie entwickeln sich kontinuierlich in Handel, Energie, Tourismus, Kultur und anderen Bereichen. Unsere Beziehungen in Handel und Tourismus werden vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Pandemie schnell wiederaufgebaut“, sagte der Außenminister.

Ihm zufolge wird sich das Handelsvolumen zwischen der Türkei und Russland in diesem Jahr der Marke von 30 Milliarden US-Dollar (circa 27 Milliarden Euro) nähern.

Etwa 4,3 Millionen russische Touristen sollen in diesem Jahr die Türkei besucht haben. Allein von Januar bis Oktober seien es 4,3 Millionen russische Urlauber gewesen.

„Der Energiesektor ist eine wichtige Stütze unserer Kooperation. Die Gasleitung Turkish Stream ist seit vorigem Jahr in Betrieb. Der Bau des AKW ‚Akkuyu‘ erfolgt planmäßig. Sein erster Energieblock soll im Jahr 2023 in Betrieb genommen werden“, fügte der Minister hinzu.

Mord an russischem Botschafter in Türkei

Der damalige russische Botschafter in der Türkei Andrej Karlow war am 19. Dezember 2016 in Ankara bei der Eröffnung der Fotoausstellung „Russland von Kaliningrad nach Kamtschatka mit den Augen eines Reisenden“ erschossen worden.

Nach Angaben der türkischen Behörden wurde der Botschafter vom Polizisten Mevlüt Mert Altıntas angegriffen. Kurz nach der Tat wurde er von Sicherheitskräften getötet. 28 Verdächtige, darunter der oppositionelle islamische Prediger Fethullah Gülen, wurden angeklagt. Gülen weist alle Vorwürfe zurück.

Wie es in der Anklageschrift heißt, war der Mord an Karlow eine Provokation mit dem Ziel, die türkisch-russischen Beziehungen zu schädigen.

Der Prozess um den Mord an dem russischen Botschafter begann am 8. Januar 2019. Die

Staatsanwaltschaft der Türkei forderte, acht Angeklagte zu lebenslanger Haft und fünf weitere zu 15 Jahren Gefängnis zu verurteilen sowie sechs Angeklagte freizusprechen. Bei den Fällen von neun Angeklagten, nach denen gefahndet wird, darunter Gülen, forderte die Staatsanwaltschaft, sie separat zu behandeln.



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/0e/161273_0:100:1921:1180_1920x0_80_0_0_271d779c399525aba7ded8dc119a5e96.jpg

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: Donezk und Damaskus haben eine zwischenparteiliche Vereinbarung über Zusammenarbeit abgeschlossen

Heute, am 19. Dezember, fand in Damaskus die Unterzeichnung einer Vereinbarung über Zusammenarbeit zwischen der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ und der Partei der arabischen sozialistischen Wiedergeburt (Baath) statt.

Unterzeichner waren der Leiter des zentralen Exekutivkomitees der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ Alexej Muratow und der stellvertretende Generalsekretär der Baath-Partei Hilal al-Hilal.

Bei der feierlichen Zeremonie waren auch Delegierte aus der DVR anwesend: der erste stellvertretende Leiter der Administration des Oberhauptes der DVR Gennadij Lebed, der erste stellvertretende Außenminister der DVR Sergej Peresada, der Berater des Oberhauptes der DVR Andrej Kramar. Außerdem nahmen als Ehrengäste an der Unterzeichnungszeremonie die Abgeordneten der Staatsduma der RF Dmitrij Sablin und Alexandr Borodaj teil.

Wir merken an, dass die Unterzeichnung der Vereinbarung über Zusammenarbeit mit der einflussreichsten politischen Kraft Syriens, deren Führung der derzeitige Präsident Baschar Assad ist, der erste derartige und äußerst bedeutsame Schritt auf dem Weg der Annäherung der beiden Republiken ist.

Im Rahmen der genannten Vereinbarungen haben die Seite eine vertrauensvolle Partnerschaft bekräftigt sowie ihre Bereitschaft zur Entwicklung der Zusammenarbeit auf einer Reihe von Gebieten: in den Bereichen der Information, der Wirtschaft, der Kultur, der Bildung, im humanitären und weiteren Bereichen, die von gemeinsamen Interesse sind. Außerdem eröffnet das heute unterzeichnete Dokumente neue Möglichkeit zur Stärkung der zwischenparteilichen Verbindungen, des Erfahrungsaustausches im Gesetzgebungsbereich und im Bereich des Parteaufbaus.

snanews.de: Ukraine-Konflikt: Lambrecht will „persönliche Konsequenzen“ für Putin

Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) hat wegen der angeblichen Aggression Russlands gegenüber der Ukraine für deutlichere Sanktionen gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin plädiert.

„Aktuell müssen wir Putin und sein Umfeld ins Visier nehmen“, sagte Lambrecht der Zeitung

„Bild am Sonntag“ vor ihrer Reise nach Litauen, wo sie 570 Nato-Kräfte treffen soll. Die „für die Aggression Verantwortlichen“ müssten „persönliche Konsequenzen“ spüren, „zum Beispiel, dass sie nicht mehr zum Shoppen auf die Pariser Champs Élysées reisen können“. Zu einer möglichen Entsendung von Nato-Soldaten in die Ukraine selbst hat sich Lambrecht zurückhaltend geäußert:

„Wir müssen alle Optionen der Diplomatie ausschöpfen“, sagte sie der Zeitung. Dazu gehöre auch die Drohung mit harten Sanktionen. „Und auch alle weiteren Schritte müssen eng im Bündnis abgestimmt werden“.

Ukraine-Krise

In der letzten Zeit berichten westliche Medien verstärkt über eine „russische Invasion“ in die Ukraine. Kiew gab zunächst an, keinen Truppenaufbau in der Nähe der ukrainischen Grenzen zu registrieren. Etwas später schlossen sich die ukrainischen Behörden aber den Berichten aus den US-amerikanischen Geheimdiensten an, wonach Moskau angeblich Pläne hat, das Nachbarland Anfang 2022 anzugreifen.

Russland hatte diese Vorwürfe wiederholt zurückgewiesen und betont, dass sie hauptsächlich als Vorwand dienen würden, um mehr Streitkräfte und Ausrüstung der Nato an die Grenzen des Landes zu bringen. Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow erklärte, dass Russland keine aggressiven Pläne hege und niemanden angreifen werde. Russland würde aber seine Truppen innerhalb des eigenen Territoriums und nach eigenem Erachten verlegen. Dies bedroht ihm zufolge niemanden und sollte niemanden beunruhigen. Trotzdem drohen die führenden westlichen Politiker, darunter auch die Chefs der Nato und der EU-Kommission, Russland mit Sanktionen und anderen Konsequenzen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/01/0c/497810_0:289:3077:2020_1920x0_80_0_0_5f31559d36b4e1458c1656db21660519.jpg

snanews.de: Wollen keinen „Kalten Krieg“: Frankreich setzt auf „offenen und direkten Dialog“ mit Russland

Mit Blick auf die angespannte Lage wegen des Ukraine-Konflikts hat die französische Verteidigungsministerin, Florence Parly, die Wichtigkeit des Dialogs mit Russland hervorgehoben und sich entschieden gegen eine Rückkehr zum „Kalten Krieg“ positioniert. Ihr zufolge reichen schärfere Sanktionen gegen Moskau im Falle einer Eskalation vollkommen aus.

Im jüngsten Interview mit dem französischen Magazin „Journal de Dimanche“ erklärte Parly zu der Bemerkung, dass die westlichen Staaten Russland mit „massiven und strategischen Konsequenzen“ drohten, sollte das Land in die Ukraine einmarschieren, dass Russland bereits mit Sanktionen belegt sei.

Es sei demnach möglich, diese zu verschärfen, so die Politikerin. Auch eine politische

Isolierung Russlands kann Parly zufolge in Erwägung gezogen werden – um Moskau hohe Kosten für „seine Aggression“ zahlen zu lassen und zu zeigen, dass die Konsequenzen gegebenenfalls massiver ausfallen könnten.

Gleichzeitig verwies die Verteidigungsministerin auf ein gemeinsames Ziel Frankreichs mit seinen „europäischen und amerikanischen Partnern“. Dies besteht ihr zufolge darin, Russland von einem Schritt abzuhalten, der „eine dramatische Kette von Ereignissen“ nach sich ziehen würde.

„Aber wir wollen keine Rückkehr zum Kalten Krieg“, betonte die Politikerin.

Um dies zu vermeiden, muss man laut Parly „einen kühlen Kopf bewahren“ und „den Dialog mit Russland pflegen“, den der französische Präsident, Emmanuel Macron, 2019 eingeleitet habe. Damals hatte Macron zu einer Neubewertung der Beziehungen zu Russland aufgerufen und die Distanz zu Moskau als einen „großen strategischen Fehler“ bezeichnet.

„Wir haben einen offenen und direkten Dialog mit den Russen <...>“, bestätigte Parly.

Spannungen zwischen Russland und dem Westen

Zuletzt hatten die Ukraine und die westlichen Länder eine Konzentration russischer Truppen in der Nähe der ukrainischen Grenze gemeldet. Demnach soll Russland dort derzeit zwischen 75.000 und 100.000 Soldaten zusammengezogen haben.

Befürchtet wird, dass es zu einem Angriff seitens Russlands auf das Nachbarland kommen könnte. Seitdem drohen mehrere westliche Staaten Russland mit Konsequenzen und sagen eine angebliche Invasion des Staates gegen die Ukraine voraus. ...

Der russische Präsident, Wladimir Putin, hatte zuvor seinen amerikanischen Amtskollegen, Joe Biden, auf die Nichteinhaltung der Minsker Vereinbarungen und deren Sabotage vonseiten der Ukraine aufmerksam gemacht. Auch hat Putin auf die gefährlichen Versuche der Nato-Staaten verwiesen, das ukrainische Territorium „aktiv“ zu erschließen und ihre militärischen Fähigkeiten auszubauen, was die Sicherheit Russlands gefährde.

Am Freitag hat der Kreml den Entwurf eines Abkommens zwischen Russland, den Vereinigten Staaten und der Nato über Sicherheitsgarantien vorgelegt. Zu den Vorschlägen gehört auch das Verbot der weiteren Nato-Osterweiterung. Auch die Stationierung von Mittelstreckenraketen und Kurzstreckenraketen in Schlagdistanz zum Territorium der jeweils anderen Seite soll den USA und Russland dem Entwurf zufolge untersagt werden.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/13/4742194_0:119:2295:1409_1920x0_80_0_0_4d5b4cd8eac1667db8c3d53d785ed91d.jpg

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 19.12.2021
In den letzten 24 Stunden haben Kämpfer aus der 95. Brigade **zweimal den Komplex von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung **verletzt** und von den Positionen in den Gebieten von Dsershinsk und Leninskoje aus die **Siedlung des**

Gagarin-Bergwerks in Gorlowka mit Mörsern beschossen und 14 82mm-Mörsergeschosse abgefeuert.

Informationen über Schäden an ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Um die Erfassung der Stationierung verbotener Waffen der 53. mechanisierten Brigade im Gebiet von Nowotroizkoje durch Beobachter der Mission zu verhindern, hat der Gegner eine Station der elektronische Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen zu blockieren.

Die ukrainischen Kämpfer verminen weiter Örtlichkeiten in der Nähe der Kontaktlinie und von Passierpunkten und gefährden so Leben und Gesundheit von Einwohnern des Donbass.

So hat eine Drohne der OSZE-Mission 4km östlich von Slawnoje die Installation von sieben Antipanzermijnen durch Kämpfer der 54. Brigade quer über eine allgemeine Straße festgestellt.

Das ukrainische Kommando, das Kräfte und Mittel in der Nähe der Kontaktlinie zusammenzieht, demonstriert weiter aktiv seinen Unwillen, den Konflikt im Donbass auf friedlichem Weg zu lösen.

So wurde nach Angaben unserer Aufklärung am 18. Dezember im Verantwortungsbereich der 53. mechanisierten Brigade **auf den Frontpositionen im Gebiet von Beresowoje die Ankunft einer Aufklärungsgruppe** mit zwei Scharfschützenpaaren und einer Mannschaft eines Antipanzerraketenkomplexes festgestellt.

Außerdem wurden sieben zusätzliche Infrarotsichtgeräte auf die Positionen der 25. Luftlandebrigade im Gebiet von Awdejewka geliefert, von denen zwei für Scharfschützenpaare vorgesehen sind.

Wir erwarten Provokationen von Seiten des Gegners in diesen Gebieten.

Die geringe Ausstattung der ukrainischen Einheiten in der Zone der Strafoperation zwingt die Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte, sich selbständig mit Lebensmitteln und Alltagswaren zu versorgen. Nach uns vorliegenden Informationen haben Mitarbeiter der Nationalpolizei an einem Annahmepunkt für Altmittel in Dershinsk drei Kämpfer der 95. Brigade beim Versuch, Hülsen von Artilleriegeschossen zu verkaufen, festgenommen. Nach den Worten des Besitzers des Annahmepunktes für Buntmetalle haben diese Soldaten ihm bereits seinem einem Monat nicht nur Hülsen sondern auch defekte Elemente von Militärtechnik gebracht. Inzwischen ist in dem Truppenteil eine Kommission des Raketenartilleriewaffendienstes des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ eingetroffen, um eine Ermittlung zu dem Fall von Diebstahl sowie eine Inventarisierung von Waffen und Munition durchzuführen. Wir schließen nicht aus, dass die Mitglieder der Kommission neue Fälle von Waffen- und Munitionsdiebstahl in dieser Einheit aufdecken werden.

Außerdem bemerken wir die Arbeit einer Kommission des militärischen Rechtsordnungsdienstes unter Leitung von Oberstleutnant Ogniwenko im Verantwortungsbereich der 56. Brigade. Ursache für die Ankunft der Kommission waren zahlreiche Eingaben an die Rechtsschutzorgane von Seiten örtlicher Einwohner mit Beschwerden über rechtswidrige Handlungen ukrainischer Kämpfer. Beim Besuch der Bezirkspolizeiabteilung von Marjinka, wo sich mehr als 100 Beschwerden über Kämpfer der 56. Brigade angesammelt haben, nahm Oberstleutnant Ogniwenko alle Materialien mit Eingaben von Bürgern an sich, im Zusammenhang mit kann mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, dass Ermittlungen dazu nicht durchgeführt werden.

Um die hohe Kampffähigkeit der ukrainischen Einheiten zu demonstrieren sind im Verantwortungsbereich des 501. Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade

Korrespondenten der ukrainischen Fernsehsender „5. Kanal“, „1+1“ und „ICTV“ eingetroffen, die von Offizieren des 74. Zentrums für informationspsychologische Operationen und des Pressedienstes des Stabs der OOS begleitet werden. Gemäß den

redaktionellen Aufgaben müssen die Propagandisten Reportagen erstellen, um das hohe Ausbildungsniveau der Marineinfanteristen und die Versorgung mit allen Arten von Lebensmitteln zu demonstrieren und über die Lage an der Kontaktlinie zu berichten. Es ist nicht ausgeschlossen, dass während der Arbeit der Korrespondenten Kämpfer der 36. Brigade Soldaten der Volksmiliz zu Erwidern des Feuers provozieren werden.

snanews.de: **Russland will Sputnik-V-Impfstoff unentgeltlich für afrikanische Länder bereitstellen – RDIF**

Russland will seinen Corona-Impfstoff „Sputnik V“ unentgeltlich afrikanischen Ländern zur Verfügung stellen, wie der Leiter des russischen Direktinvestitionsfonds (RDIF), Kirill Dmitrijew, in einem Interview mit dem TV-Sender „Rossiya-1“ am Sonntag bekanntgab. „Die ersten Lieferungen können an die Länder Afrikas geschickt werden, wo derzeit eine ‚Omikron-Pandemie‘ tobt“, sagte Dmitrijew in Beantwortung der entsprechenden Frage. Zuvor hatte eine neue Vorstudie des russischen Gamaleja-Forschungszentrums eine hohe virusneutralisierende Aktivität des Corona-Impfstoffs „Sputnik V“ gegen den Omikron-Stamm des Coronavirus gezeigt.

„Sputnik V“ löst starke Immunantwort gegen Omikron-Stamm aus

Bei der Laboruntersuchung wies „Sputnik V“ demnach eine Reduktion in der virusneutralisierenden Aktivität (VNA) für Omikron auf, die von drei- bis siebenmal niedriger sei als bei anderen führenden Corona-Impfstoffen: die VNA von „Sputnik V“ gegen den Omikron-Stamm sank 11,8-fach. Bei der Spritze von Pfizer/Biontech wurde diese 41-fach reduziert (nach Daten der südafrikanischen Omikron-Studie).

80 Prozent der Epitope im S-Protein seien von Omikron-Mutationen nicht betroffen, deswegen werde „Sputnik V“ voraussichtlich dauerhaft vor durch den Omikron-Stamm verursachten schweren Krankheitsverläufen schützen.

Die Corona-Variante B.1.1.529 war Ende November in Südafrika entdeckt worden. Die WHO hatte sie als „besorgniserregend“ eingestuft und nach dem 15. Buchstaben des griechischen Alphabets – Omikron – benannt. Laut Experten können sich auch Genesene und Geimpfte mit Omikron anstecken. Die Symptome der Krankheit variieren von Müdigkeit bis Kopf- und Muskelschmerzen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/13/4742533_0:180:3073:1908_1920x0_80_0_0_fb405e68b36a1a7d424813189c422b77.jpg

rusvesna.su: **Syrien und DVR beginnen offiziell zusammenzuarbeiten: In Damaskus wurde ein wichtiges Dokument unterzeichnet**

In Damaskus wurde heute ein [Abkommen über Interaktion und Kooperation zwischen der syrischen Regierung und der DVR unterzeichnet](#). Eine Delegation der Volksrepublik Donezk

besuchte zusammen mit Abgeordneten der Staatsduma der Russischen Föderation die Sonderverwaltungszone.

Die öffentliche Bewegung "Donezkaja Respublika", vertreten durch Aleksej Muratow, und die Partei der Arabischen Sozialistischen Renaissance ("Baath"), vertreten durch ihren Generalsekretär Hilal al-Khalid, unterzeichneten ein Abkommen, das den Weg für die Anerkennung der DVR durch das offizielle Damaskus ebnen könnte.

Durch die Unterzeichnung des Dokuments sicherten sich Damaskus und Donezk eine vertrauensvolle Partnerschaft und Bereitschaft zur Interaktion in einer Reihe von Bereichen zu: Wirtschaft, Information (was angesichts der beispiellosen Desinformationskampagne des Westens gegen die SAR und die kriegsführenden Republiken des Donbass besonders wichtig ist), kulturell, pädagogisch, humanitär.

Dass die Abgeordneten der Staatsduma Alexander Borodai (Vorstandsvorsitzender der Union der Freiwilligen des Donbass) und Dmitri Sablin (erster stellvertretender Leiter der "Kampfbruderschaft") als Ehrengäste bei der Sitzung anwesend waren, war sehr symbolisch. Im Rahmen der DVR-Delegation wurde Damaskus vom ersten stellvertretenden Stabschef des DVR-Chefs Gennadi Lebed, dem ersten stellvertretenden Außenminister der DVR Sergej Peresada und dem Berater des DVR-Chefs Andrej Kramar besucht.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/rukopozhatie_0.jpg

Mil-Inr.su: Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden drei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feuereinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer des 3. Bataillons der 24. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Postupalskij von den Positionen im Gebiet von Troizkoje aus **Kalinowo** mit Antipanzergranatwerfern beschossen.

Infolge der Aggression der Kiewer Kämpfer **starb ein Soldat der Volksmiliz**, der heldenhaft die Republik verteidigte, **ein weiterer wurde verletzt**. Wir sprechen den Verwandten und Freunden des Toten unser Mitgefühl aus.

Durch erzwungenes erwidertes Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen wurde die **Feueraktivität des Gegners unterdrückt**. Nach vorläufigen Informationen wurden zwei ukrainische Kämpfer vernichtet und einer verletzt.

In **Richtung Slajwanoserbsk** haben Kämpfer der 57. Brigade von den Positionen im Gebiet von Krjakowka aus **Sokolniki** mit 120mm-Mörsern beschossen und vier Mörsergeschosse abgefeuert.

Außerdem wurde von den Positionen im Gebiet von Krymskoje aus **Shelobok** mit 120mm-

Mörsern beschossen. ...

rusvesna.su: **Russland hat kein Recht, der NATO Vorschriften zu machen -**

Verteidigungsminister von Deutschland und Litauen

Die Verteidigungsminister Deutschlands und Litauens erklärten, Russland habe kein Recht, den Nato-Partnern vorzuschreiben, wie sie ihre Politik gestalten sollen, oder die Aufteilung Europas in "Einflusssphären" einzuleiten. Sie sagten dies bei einem gemeinsamen Briefing in Litauen und kommentierten so die Vorschläge des Kremls zu "Sicherheitsgarantien", schreibt LRT.

„Wir müssen klarstellen, dass Russland kein Recht hat, den NATO-Partnern vorzuschreiben, wie sie sich verhalten sollen. Dieses Thema kann überhaupt nicht diskutiert werden“, sagte Bundesverteidigungsministerin Christine Labrecht.

Der litauische Verteidigungsminister Arvidas Anusauskas betonte, Russland dürfe keine neuen "roten Linien" ziehen.

„Man kann Europa nicht in Einflusssphären einteilen und die Länder nicht daran hindern, ihre Sicherheitspolitik zu bestimmen“, sagte er.

Russland versuche die NATO zu spalten, die Verteidigung des Bündnisses an der Ostflanke zu schwächen und die US-Präsenz in Europa zu beenden, fügte der Minister hinzu.

„Solche Forderungen sind inakzeptabel, wenn uns die Sicherheit unserer Staaten am Herzen liegt“, betonte Arvidas Anusauskas.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/nato_rossiya_2.jpg

de.rt.com: **Ukrainischer Verteidigungsminister fordert NATO zur Lieferung von Angriffswaffen auf**

Während die Spannungen zwischen der US-geführten NATO und der Russischen Föderation anschwellen, hat der ukrainische Verteidigungsminister Oleksii Reznikov die NATO und die EU aufgefordert, sein Land nicht nur mit Verteidigungswaffen, sondern auch mit Angriffswaffen zu versorgen.

Der ukrainische Verteidigungsminister Oleksii Reznikov hat sowohl die NATO als auch die Europäische Union aufgefordert, die Ukraine mit Waffen zu versorgen, um die sogenannte russische Aggression abzuschrecken, anstatt nur Besorgnis zu äußern. Reznikov äußerte sich während eines Briefings nach einem Treffen mit der dänischen Verteidigungsministerin Trine Bramsen, so der Pressedienst des ukrainischen Verteidigungsministeriums. Laut Reznikov: "Dies war bereits in den 1930er-Jahren der Fall, als der Völkerbund seine Besorgnis über Hitlers aggressive Aktionen zum Ausdruck brachte. Wir alle wissen, dass dies in einer Tragödie für die Welt endete. Der Völkerbund hörte auf zu existieren und der blutige Zweite Weltkrieg wurde entfesselt. Daher ist die nächste Sorge für den Kreml nicht nachvollziehbar. Der Kreml hat den NATO-Ländern ganz offen ein Ultimatum gestellt. Wenn die dänische Regierung dies versteht, eine harte Haltung einnimmt und mit den Partnern kommuniziert,

einschließlich der Alliierten und der EU, und wenn es eine echte Unterstützung mit Waffen und Technologie für die Ukraine gibt, wird sie den Aggressor aufhalten und er wird nicht in die Offensive gehen."

Reznikov machte auch deutlich, dass er sich nicht nur auf Verteidigungswaffen bezog, sondern auch Zugang zu Angriffswaffen für die Ukraine wünschte, was als seltsame Forderung für ein Land angesehen werden könnte, das behauptet, es wolle sich nur selbst verteidigen. Nach Ansicht des Ministers werden jedoch nur Angriffswaffen den Kreml abschrecken, indem sie deutlich machen, dass ein Angriff auf die Ukraine einen hohen Preis haben würde. So Reznikov:

"Dazu gehören wirtschaftliche Sanktionen, politische und finanzielle Sanktionen und vor allem die Unterstützung mit Waffen der Streitkräfte. Wir werden uns verteidigen, aber helfen Sie uns. Wir brauchen elektronische Kampfführung, elektronische Aufklärung, Raketensysteme, Cyber-Verteidigung, wir müssen unsere Flotte verstärken. Wir nennen all diese Bedürfnisse öffentlich, wir verstecken uns nicht, und dann wird der Aggressor nicht weiter gehen."

In dieser Woche sagte der Generalsekretär des von den USA geführten NATO-Blocks, Jens Stoltenberg, dass die NATO-Erweiterung weitergehen wird, ob Russland nun zustimmt oder nicht. Der ehemalige norwegische Ministerpräsident sagte, dass die Entscheidung, ob die Ukraine der NATO beitrifft, bei den Mitgliedsstaaten und der Führung des Blocks liege und dass Moskau keinen Einfluss auf diese Entscheidung haben sollte. Er betonte auch, dass die NATO die osteuropäische Nation bereits militärisch unterstütze. Stoltenberg erklärte:

"Die NATO-Länder bilden bereits ukrainische Truppen aus und beraten sich mit ihnen. Sie führen gemeinsame Übungen durch und stellen militärischen Nachschub und Technologie zur Verfügung. Die Unterstützung der NATO für die Ukraine stellt keine Bedrohung für Russland dar."

Stoltenberg fügte hinzu, dass eine mögliche Partnerschaft mit der Ukraine der wichtigste Punkt auf der Tagesordnung des kommenden NATO-Gipfels im Juni 2022 in Madrid sein werde. Zu der Frage, ob der Block weiter wachsen wird, sagte er:

"Die NATO setzt den Prozess der Erweiterung fort. Wir haben bereits Montenegro und Nordmazedonien übernommen, ungeachtet der Proteste Russlands."

Er versicherte, dass die NATO keine Kompromisse mit Moskau eingehen werde. Russland hatte die NATO zuvor aufgefordert, ihr Versprechen aus dem Jahr 2008, die Ukraine und Georgien "rechtzeitig" aufzunehmen, noch einmal zu überdenken.

Trotz des Medienrummels in den Vereinigten Staaten und der EU, in dem behauptet wird, dass Russland in die Ukraine einmarschieren wolle, gibt es keine Beweise für solche Behauptungen. Die Russische Föderation hat wiederholt betont, dass sie nicht die Absicht habe, in ihr Nachbarland einzumarschieren, sondern lediglich eine weitere NATO-Expansion entlang ihrer westlichen Grenze verhindern will.

Russland hat außerdem erklärt, dass es eine rechtlich bindende Garantie möchte, dass die NATO jegliche militärische Aktivität in Osteuropa und der Ukraine aufgibt. Dies ist Teil einer Wunschliste von Sicherheitsgarantien, die es mit dem Westen aushandeln möchte.

Am Samstag sprach der russische Vizeaußenminister Alexander Gruschko über das jüngste Angebot der russischen Regierung an die NATO zur Sicherheit im euro-atlantischen Raum an. Der russische Diplomat vertrat die Ansicht, dass es dem westlichen Militärbündnis diesmal nicht gelingen wird, den Vorschlag Moskaus einfach abzulehnen und zu übergehen.

Gruschko teilte mit, dass Russland mit seinem jüngsten Vertragsentwurf seine Bereitschaft zum Dialog mit der NATO bekundet hat. Ziel sei es, ein militärisches Konfrontationsszenario auf einen politischen Weg umzulenken, der auf die Stärkung der Sicherheit aller OSZE-Staaten und des euro-atlantischen und eurasischen Raums abzielt. Moskau habe der NATO die Ernsthaftigkeit seiner Position klargemacht. Laut Gruschko:

"Wenn dies nicht gelingt, werden auch wir in den Modus der Schaffung von

Gegenbedrohungen übergehen. Aber dann wird es zu spät sein, uns zu fragen, warum wir solche und solche Entscheidungen getroffen und solche und solche Systeme an der entsprechenden Stelle eingesetzt haben."

Russland hat seine Positionen aufrichtig und offen dargelegt, so Gruschko. Es sei wichtig, dass die Europäer darüber nachdenken, ob sie ihren Kontinent zum Schauplatz einer militärischen Konfrontation machen wollen. Die NATO muss Russlands Angebot ernst nehmen, sagte er. Es gebe nur zwei Wege:

"Entweder Sie nehmen ernst, was wir auf den Tisch gelegt haben. Oder Sie müssen sich mit einer militärisch-technischen Alternative auseinandersetzen."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61bf30dcb480cc69e3607bc8.jpg>

snews.de: **Lambrecht in Litauen: Nato darf sich von Russland keine Verhaltensweisen vorschreiben lassen**

Während ihrer ersten Auslandsreise nach Litauen hat die neue Verteidigungsministerin Deutschlands, Christine Lambrecht (SPD), am Sonntag mit Nachdruck die Bedeutung des Zusammenhaltes unter den Nato-Alliierten betont. Ihr zufolge bilden Diplomatie und „eine glaubhafte Abschreckung“ die wichtigsten Pfeiler beim Schutz der Nato-Ostflanke. Ihre erste Einsatzreise führe sie „ganz bewusst“ nach Litauen, sagte Lambrecht im litauischen Rukla, wo sie deutsche Soldaten des Nato-Gefechtsverbandes (eFP) in dem Land besuchte. Mit Blick auf die wachsenden Spannungen an der Nato-Ostflanke bekräftigte sie auch die Bedeutung des Zusammenhaltes unter den Alliierten.

„Wir stehen fest an der Seite unserer Partner und Freunde“, hieß es.

Die hervorragende Kooperation werde fortgesetzt, betonte die Verteidigungsministerin weiter. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem litauischen Verteidigungsminister, Arvydas Anusauskas, sagte Lambrecht, man habe über gemeinsame Herausforderungen gesprochen – diese seien „vielfältig“. „Wir haben intensiv über die Lage an der belarussischen Grenze gesprochen“, sagte sie und verwies zugleich auf die „ernste“ Lage in der Ukraine.

Das litauische Außenministerium zitierte am Sonntag Lambrechts Worte auf Twitter:

„Wir müssen klarstellen, dass Russland kein Recht hat, den Nato-Mitgliedern vorzuschreiben, wie sie sich verhalten sollen.“

Die beiden Politiker, heißt es weiter, hätten sich darauf verständigt, dass die Forderungen Russlands „inakzeptabel“ seien. Damit sind Russlands Vorschläge für Sicherheitsgarantien gemeint, die unter anderem vorsehen, dass die Nato ihre militärische Infrastruktur auf die Positionen von 1997 zurückzuziehen soll. Das einzige Ziel solcher Forderungen bestehe darin, „die Einheit des Bündnisses zu spalten“, so das Außenministerium. Die Forderungen Moskaus würden nächste Woche im Nato-Rat besprochen werden, sagte Lambrecht.

„Es darf Russland nicht erlaubt werden, rote Linien zu ziehen“

In Bezug auf die Lage in der Ukraine sagte Lambrecht weiter: „Wir verfolgen sie sehr, sehr

aufmerksam“, und sie könne die Sorgen der baltischen Verbündeten nachvollziehen und verstehen, dass man sich bedroht fühle.

Sie sei auch überzeugt, dass die angespannte Lage diplomatisch gelöst werden müsse. Zugleich bedürfe es aber „der glaubhaften Abschreckung“. Dabei leiste Deutschland mit seinen Truppen bei eFP einen wichtigen Beitrag zur Abschreckung im Bündnis, sagte Lambrecht und führte weiter aus:

„Wir sind in der Nato bereit, für die Sicherheit unserer Verbündeten entschlossen und auch geschlossen einzutreten.“

Der litauische Verteidigungsminister sagte bei der Pressekonferenz mit Lambrecht, es dürfe Russland nicht erlaubt werden, „rote Linien zu ziehen“. Es sei auch nicht akzeptabel, wenn die Führung in Moskau über Einflusszonen in Europa verhandeln wolle oder einen Rückzug der Nato-Partner aus östlichen Mitgliedsstaaten des Bündnisses als Verhandlungsziel ausbeute. Er sagte, sein Land sei bereit zu Waffenlieferungen an die Ukraine und man müsse die Ukraine „mit allen Mitteln und Maßnahmen“ unterstützen. Litauen sei, so der Politiker weiter, bereit, dies zu tun – „auch mit der Übergabe letaler Waffen“.

Mit seiner Reise nach Litauen pflegt Lambrecht eine Tradition ihrer Vorgänger, die stets bemüht waren, einer der Einsatztruppen im Ausland in der Adventszeit einen Besuch abzustatten.

Müssen „Putin und sein Umfeld ins Visier nehmen“

Vor der Reise hat Lambrecht schon zu persönlichen Sanktionen gegen Russlands Präsidenten Wladimir Putin und seine Vertrauten als Reaktion auf die militärische Eskalation im Grenzgebiet zur Ukraine aufgefordert.

„Aktuell müssen wir Putin und sein Umfeld ins Visier nehmen. Die für die Aggression Verantwortlichen müssen persönliche Konsequenzen spüren, zum Beispiel, dass sie nicht mehr zum Shoppen auf die Pariser Champs Élysées reisen können“, sagte Lambrecht früher der „Bild am Sonntag“.

Der Aggressor sei Russland, heißt es weiter. Vor diesem Hintergrund müsse man alle Möglichkeiten ausschöpfen, „um eine Eskalation zu stoppen“. Dazu gehöre auch die Drohung mit harten Sanktionen.

Russland fordert Sicherheit

Der Westen wirft Russland in letzter Zeit vor, Truppen an der Grenze zur Ukraine zusammenzuziehen und eine „Invasion“ zu planen. Der Kreml erwidert, die russischen Truppen bewegten sich nach eigenem Ermessen auf eigenem Territorium und das sollte niemanden stören, da Russland für niemanden eine Bedrohung darstelle.

Unterdessen mahnt Moskau vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts zur Einhaltung der Minsker Vereinbarungen. Sollten westliche Nationen ihren Einfluss auf Kiew nicht geltend machen, könnte die ukrainische Führung der Versuchung erliegen, den Konflikt im Osten der Ukraine gewaltsam zu lösen. Das ukrainische Militär werde gegenwärtig mit modernen Waffen aufgerüstet, was unter stillschweigender Zustimmung des Westens zusätzliche Spannungen im Donbass erzeuge.

Was in Russland darüber hinaus Besorgnis auslöst, ist die dauerhafte Anwesenheit von Nato-Truppen mit schwerem Militärgerät unweit russischer Grenzen. Der Kreml hat diese Art der Nato-Osterweiterung immer wieder beanstandet und fordert Garantien einer Nicht-Aufnahme der Ukraine in das nordatlantische Militärbündnis. Die Ukraine zum Nato-Mitglied zu machen, wäre der russischen Regierung zufolge eine Gefährdung der lebenswichtigen Sicherheitsinteressen Russlands.

Einen Dialog dazu verweigert die Nato-Führung jedoch. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte auf einer Pressekonferenz mit dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz am vergangenen Freitag in Brüssel, die Position der Nato zur Ukraine bleibe unverändert: Die Beziehung der Nato zur Ukraine werde „von den 30 Nato-Verbündeten und der Ukraine bestimmt und von niemandem sonst.“

Mission „Enhanced Forward Presence“

Anfang 2017 hatte die Nato mit der Verlegung von Soldatinnen und Soldaten nach Polen und in die baltischen Staaten begonnen. Die Mission Enhanced Forward Presence (EFP) dient angeblich der Sicherung der osteuropäischen Staaten und der Abschreckung von Bedrohungen des Bündnisgebiets.

Die Mitgliedstaaten reagierten mit der „verstärkten Vornepräsenz“ auf die „völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland und die fortgesetzte Destabilisierung der Ukraine“, heißt es auf der offiziellen Bundeswehr-Internetseite. Die Nato setzt dabei auf eine doppelte Strategie, bei der es sich um „Abschreckung“ und nicht um „Konfrontation“ handele. Der Dialog mit Russland bleibe für das Nato-Bündnis zentral. Deutschland hat die Führung der „Battlegroup“ in Litauen übernommen und verlegt seit Januar 2017 Truppenangehörige nach Rukla. Mehr als 3500 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr wurden bisher in dem multinational zusammengesetzten Kampfverband eingesetzt. Aktuell befinden sich laut der Bundeswehr rund 500 Bundeswehrangehörige bei EFP.



https://cdn1.snaneews.de/img/07e5/0c/11/4720679_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_77b756f322563015bf3ba2ce02657b7d.jpg